

## NAMING THE NATION: PRACTICES OF NAMING IN BETWEEN THE CONFLICTING SPHERES OF POLITICS, SOCIETY AND SCIENCE

Sprache ist in nationalstaatlichen Kontexten eng mit der Konstruktion von Identität verknüpft. Die Festlegung auf eine einheitliche oder vereinheitlichte sprachliche Norm ist oft ein ausschlaggebender Aspekt beim Prozess der Nationenbildung und somit zugleich ein ideologisches, politisches und kulturelles Projekt. Da in der Forschung bislang vor allem die Sprachenpolitik sich nationalisierender Imperien gegenüber linguistischen Minderheiten im Fokus stand, betrachtete der von Martina Niedhammer und Dana von Suffrin (beide München) organisierte Workshop, der am 4. und 5. Februar 2016 stattfand, Benennungspraktiken und deren Akteure in und außerhalb Europas, um zu einer Erweiterung dieses Bildes beizutragen.

Der Workshop war in vier Panels untergliedert. So betrachtete das erste Panel, wie linguistische Verschiedenheit verhandelt wurde. Johannes Czakai (Berlin) sprach über die im 19. Jahrhundert in Europa entstandene Gesetzgebung zur Vereinheitlichung der Nachnamen jüdischer Untertanen. Er warf die Frage auf, ob die Gesetzgebung, die Juden das Führen bürgerlicher Nachnamen vorschrieb, eher emanzipatorischen oder repressiven Charakter besessen hatte. Noch entscheidender als diese in der Literatur häufig anzutreffende Gegenüberstellung sei jedoch, so Czakai, die pragmatische Funktion, die dieser Gesetzgebung zugekommen sei: Sie habe zu einer Systematisierung und Vereinheitlichung der Verwaltung beigetragen. Dieser Optimierungsprozess der fiskalischen und administrativen Kontrolle über die Einwohner eines Staates ist in den größeren Zusammenhang der Staatenwerdung einzubetten. Sprache hatte in diesem Fallbeispiel eine rationalisierende und machtsichernde Funktion für den Staat.

Marion Dotter (Wien) spannte in ihrer Untersuchung der Bilingualität Südtirols einen Bogen zwischen der Frühen Neuzeit und dem faschistischen Italien Mussolinis. In der Handelsstadt Bozen, einer gemischtsprachigen Schwellenregion, galt es, zwischen deutsch- und italienischsprachigen Händlern zu vermitteln. Dieser Notwendigkeit trug der im 17. Jahrhundert eingerichtete Merkantilmagistrat Rechnung, indem er für rechtliche, institutionelle, aber auch sprachliche Gleichstellung der bei-

den Gruppen sorgte; so erfolgte die Rechtsprechung in beiden Sprachen. Doch im Kontext der Nationenbildung im 19. Jahrhundert und des italienischen Faschismus wurden diese Gesetzgebungen revidiert und Südtirol schrittweise „italianisiert“. Dotters Vortrag konnte somit auf die Rolle hinweisen, die Sprache bei der Schaffung einer nationalen, uniformen und damit einsprachigen Identität spielte.

Das zweite Panel befasste sich mit der Frage, welche Rolle Sprache und die Benennung von Orten in kulturell und traditionell heterogenen Peripherien spielte. Hüseyin I. Çiçek (Erlangen-Nürnberg) verwies in seinem Vortrag auf die große Bedeutung der Sprache für den türkischen Nationalismus. Diese zeigte er am Beispiel der Zeitschrift „Tercüman“ (Dolmetscher), die im 19. Jahrhundert von dem krimtatarischen Intellektuellen İsmail Gaspralı in osmanischer und russischer Sprache herausgegeben worden war. Entgegen der verbreiteten Ansicht, Gaspralı hätte so zur Verständigung beider Bevölkerungsgruppen auf der Halbinsel beigetragen, konnte Çiçek den Nachweis führen, dass die Zeitschrift und deren Übersetzungsstrategien dazu beitrugen, eine türkische Identität und Tradition auf der Krim (und damit außerhalb des Osmanischen Reichs) zu konstruieren.

Der Vortrag von Marina Klyshko (München) befasste sich mit der Benennung von Orten in der russisch-chinesischen Grenzregion. Aus der Expansion des russischen Reiches im ausgehenden 19. Jahrhundert ergab sich die Notwendigkeit, sich die neu gewonnenen Territorien kulturell anzueignen, um somit den eigenen Herrschaftsanspruch zu legitimieren. Auch hier kam Sprache, genauer: der Benennung von Orten in russischer oder chinesischer Sprache, eine wesentliche Rolle zu.

Das dritte Panel, das mit den Beiträgen der beiden Organisatorinnen begann, widmete sich dem Zusammenhang zwischen Sprache und Wissenschaft. Dana von Suffrin wies auf die zentrale Rolle hin, die die Einführung des modernen Hebräisch bei der Konstruktion einer jüdischen Identität im Zionismus gespielt hatte. Sie beleuchtete die Bedeutung botanischer Nomenklatur in neuhebräischer Sprache. Durch die Erforschung Palästinas und durch die hebräische Benennung der lokalen Flora eigneten sich die zionistischen Forscher ihren Untersuchungsgegenstand gleichsam an. So sollte eine historische und emotionale Verbindung der jüdischen Einwanderer mit dem Altneuland konstruiert und damit einhergehend die fehlende politische Macht der Zionisten kompensiert werden.

Martina Niedhammer sprach über Projekte, die die jiddische Sprache standardisieren und modernisieren sollten. In der Zwischenkriegszeit arbeiteten zwei konkurrierende Institutionen in großer geografischer Nähe an diesem Vorhaben: das Jiddische Wissenschaftliche Institut (YIVO) in Vilnius sowie die jüdische Sektion an der Belarussischen Akademie der Wissenschaften in Minsk. Zwar traten beide Einrichtungen aus unterschiedlichen Motivationen heraus für die Standardisierung und Modernisierung der jiddischen Sprache ein und verfolgten hierbei unterschiedliche Herangehensweisen; die Schaffung eines akademisch-wissenschaftlichen Vokabulars nahm jedoch in beiden Fällen eine zentrale Rolle bei der Sprachenarbeit ein.

Ebenfalls auf den Aspekt der Wissenschaftssprache konzentrierte sich Jan Surmann (Marburg) am Beispiel der ukrainischen Sprache im 20. Jahrhundert. Er erläuterte die sowjetische Politik der Minderheitenförderung („korenizacija“), die eine Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur anstrebte. Dieses Ziel sollte vor

allem durch die Erstellung von Wörterbüchern und die Formung einer naturwissenschaftlichen Terminologie in ukrainischer Sprache erreicht werden. Als sich die Politik der Sowjetunion änderte und die „Ukrainisierung“ zunehmend als „ukrainischer bürgerlicher Nationalismus“ bezeichnet wurde, änderte sich auch die Sprachpolitik. Ukrainisch sollte schrittweise zugunsten der russischen Sprache aus dem sowjetischen Alltag entfernt werden.

Das vierte Panel behandelte den Staat Israel als Fallstudie für den Zusammenhang von Sprache, Namensgebung und Nation. Amit Levy (Jerusalem) untersuchte in seinem Vortrag die Art und Weise, in der die arabische Sprache in der militärischen Folklore verwendet wurde. Der zur jüdischen Untergrundorganisation „Hagana“ gehörige paramilitärische Palmach bestand während der 1940er Jahre überwiegend aus Einwanderern der ersten Generation oder deren Kindern. Levy zeigte auf, welche Funktion die Verwendung arabischsprachiger Elemente in Erzählungen oder Liedern hatte. Einerseits sollte durch sie eine Verbindung zur ortsansässigen Bevölkerung sowie zu Eretz Israel konstruiert und artikuliert werden, andererseits sollten diese Rückgriffe auf „lokales“ Vokabular auch die Konstruktion einer neuen hebräischen Identität vorantreiben.

Dominik Peters (München) analysierte hebräische Toponyme auf der Sinai-Halbinsel, die von 1967 bis 1982 von Israel besetzt worden war. Da der Sinai kein Kerngebiet biblischer Mythologie ist, konnte bei der Benennung der neugegründeten jüdischen Siedlungen kaum Rückbezug auf die Bibel genommen werden. So wurde nach Alternativen gesucht. Peters beschrieb die Versuche der israelischen Regierung, eine Verbindung des jüdischen Volkes mit der Halbinsel Sinai zu konstruieren, die sich in den Namen der neuen Orte widerspiegelte: Man schöpfte aus einem Fundus, der von archäologischen Funden bis zu israelischen Volkshelden reichte.

Im Vortrag von Jamila Elnashef (Tel Aviv) ging es dann um die Integration muslimisch-arabischer Lehrerinnen in das jüdische Bildungssystem im heutigen Israel. Diese strebten nach Teilhabe an gesellschaftlichen und kulturellen Prozessen in der jüdischen Gesellschaft und unterrichteten zumeist Arabisch. Elnashef ging vor allem der Frage nach, welche Auswirkungen die zwischen den beiden Kulturen vermittelnde Position der Lehrerinnen auf deren Selbstbild und Identität hat. Am Beispiel kulturell bedingter Sprachmuster, die vor allem die jüdische Geschichte betrafen, wurde die Dichotomie des jüdischen und des palästinensischen Narrativs deutlich.

Die Abschlussdiskussion eröffneten und moderierten Pavla Šimková und Christoffer Leber (beide München). Sie arbeiteten vier zentrale Linien für die Untersuchung des Zusammenhangs von Sprache und Nationalstaat heraus. Erstens ist dies die Top-Down-Perspektive, die in der Forschung bisher eine zentrale Rolle einnahm. Die Politik eines Staates in Bezug auf die Sprache oder die Benennung von Individuen oder Orten steht in engem Zusammenhang mit der Funktionsweise staatlicher Administration oder des ideologischen oder praktischen Umgangs mit linguistischen Minderheiten. Zweitens kann der Umgang mit Sprache oder Namensgebung, aus einer Bottom-Up-Perspektive heraus betrachtet, zur Emanzipation dieser Minderheiten führen oder zumindest als Mittel auf dem Weg dahin dienen. Drittens stehen Sprache und Namensgebung in engem Zusammenhang mit der Konstruktion kultureller und nationaler Identität und besitzen damit ein hohes

emotionales Potential. Durch die Vereinheitlichung von Sprache oder die Verwendung einer einheitlichen sprachlichen Norm kann eine gemeinsame Identität geschaffen und artikuliert werden. Viertens wurde herausgearbeitet, dass Prozesse der Namensgebung oder sprachliche Aspekte eine zentrale Rolle bei der Konstruktion einer nationalen Vergangenheit spielen. Dies wurde besonders deutlich an der Fallstudie zum Zionismus bzw. zum Staat Israel.

Einige der eben genannten Aspekte gingen implizit auch aus der Keynote Lecture des Workshops von Peter Burke (Cambridge) hervor. Burke konzentrierte sich auf den Akt der Namensgebung bei Orten, Straßen, Plätzen und Personen. Obwohl der Vortrag aufgrund seiner Fülle an Beispielen aus dem alltäglichen Leben geeignet war, Interesse zu wecken, führte er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops doch zuvorderst die Notwendigkeit vor Augen, analytisch und trennscharf an die Thematik heranzugehen. Zu diesem Ergebnis gelangte dann auch die abschließende Diskussion. Eine gelungene Beschäftigung mit Sprache und Namensgebung im Kontext des Nationalstaates hat die empirische Arbeit am jeweiligen historischen Fallbeispiel mit einer sorgfältigen analytischen Herangehensweise zu verknüpfen. Zudem muss auf Quellenebene in noch höherem Maße, als dies in den einzelnen Beiträgen stellenweise der Fall war, zwischen staatlich verankerter Sprachpolitik und dem praktischen „Making of“ einer Sprache unterschieden werden. Dennoch kann der Workshop, der inhaltlich eine große geografische und epochale Bandbreite abdeckte, als verdienstvoller Schritt auf diesem Wege gewertet werden.